

07. Mai 2011

## Leserbriefe

### GERMAN PELLETS

#### Endlich die eigenen Probleme lösen

*Zur Berichterstattung in der Badischen Zeitung über German Pellets ("GP hält an zweiter Ausbaustufe fest"/BZ vom 3. Mai) gibt es einen weiteren Leserbrief, der sich kritisch mit dem Unternehmen auseinandersetzt.*

Dass German Pellets an der geplanten Erweiterung plötzlich nicht mehr interessiert ist, hat ja wohl kaum jemand angenommen. Dass nun aber das Unternehmen vor wirtschaftlichem Schaden bewahrt werden will, ist eine bemerkenswerte Sichtweise. Natürlich wurden bei der Bauleitplanung für Dyn A 5 ohne Zweifel Fehler gemacht. Aber wie bereits Bürgermeister Dietmar Benz feststellte, hat German Pellets schon mit seiner ersten Produktionslinie massive Probleme, die erlaubten Werte einzuhalten. Das viel zu hohe Lärmkontingent wurde deshalb genehmigt, weil dem Bauantrag ein Gutachten beigelegt war, das problemlos drei Produktionslinien zuließ. Falls German Pellets diese Werte ausschöpfen darf, müssen die Käufer der Restflächen deshalb mit erheblichen Einschränkungen auskommen.

Herr Leibold hat im Jahr 2006 sehenden Auges sein Werk größtenteils auf Gelände errichtet, für das es keinen gültigen Bebauungsplan gibt. Damals hatte er die Vision, hier das größte Pelletwerk Europas zu errichten. Vielleicht war es aber etwas leichtsinnig, sich gleich einen Großteil des gesamten Baulands zu sichern. Nun muss er die künftigen Festsetzungen akzeptieren. Das ist eben unternehmerisches Risiko.

Derzeit leidet die Branche wohl an Überkapazitäten, mitverursacht von GP durch den rasanten Ausbau seiner Kapazitäten mit Hilfe von Subventionen und leider billigster Technik. Das hat zu den bekannten Ärgernissen auch an anderen Standorten geführt. German Pellets sollte endlich seine eigenen Probleme lösen, die Petition als Ausrede für nicht realisierten Lärmschutz gilt nicht mehr: Der Petitionsausschuss hat schon vor einem Jahr grünes Licht dazu gegeben.

Eine Mediation kann zwar in bestimmten Fällen zu konstruktiven Lösungen führen, der offene Hinweis auf Schadensersatzforderungen ist dabei jedoch wenig sachdienlich. Die Bauleitplanung ist Sache der Kommunalpolitik, und die sollte sich am Wohl der Bürger orientieren, und dazu gehört in erster Linie deren Gesundheit.

Autor: bz